

Stand: 16.04.2024 06:37:17

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/15343

"Kappungsgrenze für Mieterhöhungen sofort umsetzen"

Vorgangsverlauf:

1. Antrag 16/15343 vom 16.01.2013
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/17292 des VF vom 13.06.2013
3. Beschluss des Plenums 16/17605 vom 02.07.2013
4. Plenarprotokoll Nr. 130 vom 02.07.2013

Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger, Angelika Weikert, Inge Aures, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Franz Maget, Horst Arnold, Dr. Thomas Beyer, Susann Biedefeld, Sabine Dittmar, Dr. Linus Förster, Annette Karl, Maria Noichl, Reinhold Perlak, Dr. Christoph Rabenstein, Bernhard Roos, Franz Schindler, Harald Schneider, Stefan Schuster, Kathrin Sonnenholzner, Diana Stachowitz, Reinhold Strobl, Hans Joachim Werner, Johanna Werner-Muggendorfer, Margit Wild und Fraktion (SPD)**

Kappungsgrenze für Mieterhöhungen sofort umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, unverzüglich die durch die im Bundestag beschlossene Mietrechtsänderung entstandene Möglichkeit zu nutzen, die Kappungsgrenze für Mieterhöhungen auf dem Verordnungsweg von 20 auf 15 Prozent in drei Jahren abzusenken.

Begründung:

Die Mietpreise in Bayern sind insbesondere in den Ballungsräumen mit erhöhtem Wohnungsbedarf in den letzten Jahren enorm angestiegen. In München verzeichneten die Mieten im Zeitraum zwischen 1995 und 2011 einen beachtlichen Anstieg von 38,5 Prozent. Auch in Nürnberg und Augsburg sind laut einer Studie des DIW die Mieterhöhungen überdurchschnittlich hoch. Schon jetzt zahlen Mieter nach aktuellen Zahlen aus dem Dritten Sozialbericht im Landesdurchschnitt mehr als ein Viertel ihres Nettoeinkommens (27 Prozent) oder 507 Euro monatlich für die Warmmiete. In den Ballungsräumen sind die monatlichen Ausgaben für die Miete noch wesentlich höher.

Eine von der SPD schon lange geforderte Maßnahme, um den Mietanstieg zu bremsen, stellt eine Absenkung der Kappungsgrenze dar. Der Bundestag hat den Ländern mit der Mietrechtsänderung die Möglichkeit eröffnet, über eine Verordnung festzulegen, dass Mieten im Zeitraum von drei Jahren statt um 20 Prozent nur noch um maximal 15 Prozent erhöht werden dürfen. Besser wäre zwar auch eine Verlängerung der Frist, für die diese Kappungsgrenze gilt, von drei auf vier Jahre. Aber es sollte jede Chance genutzt werden, um der Mietpreisexplosion entgegenzuwirken. Daher muss die Staatsregierung unverzüglich diese neue Möglichkeit ausschöpfen und eine entsprechende Verordnung erlassen.

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Verfassung, Recht,
Parlamentsfragen und Verbraucherschutz**

**Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,
Ludwig Wörner, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. und
Fraktion (SPD)**
Drs. 16/15343

Kappungsgrenze für Mieterhöhungen sofort umsetzen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Florian Ritter**
Mitberichterstatter: **Andreas Lorenz**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 98. Sitzung am 25. April 2013 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit hat den Antrag in seiner 101. Sitzung am 6. Juni 2013 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 220. Sitzung am 13. Juni 2013 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Franz Schindler
Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger, Angelika Weikert, Inge Aures, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Franz Maget, Horst Arnold, Dr. Thomas Beyer, Susann Biedefeld, Sabine Dittmar, Dr. Linus Förster, Annette Karl, Maria Noichl, Reinhold Perlak, Dr. Christoph Rabenstein, Bernhard Roos, Franz Schindler, Harald Schneider, Stefan Schuster, Kathrin Sonnenholzner, Diana Stachowitz, Reinhold Strobl, Hans Joachim Werner, Johanna Werner-Muggendorfer, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 16/15343, 16/17292

Kappungsgrenze für Mieterhöhungen sofort umsetzen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Franz Maget

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Abstimmung

**über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln
beraten werden (s. a. Anlage 2)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das war das gesamte Hohe Haus. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 6)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 2. Gender Parlament umgesetzt: Bericht über die Maßnahmen zum Abbau des Gender Pay Gap in Bayern!
 Drs. 16/13749, 16/17277 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 2. Gender Parlament umgesetzt: Für mehr Geschlechtergerechtigkeit in der Musik!
 Drs. 16/13750, 16/17261 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☒	☐	☒	☐

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Zukunft der Vormundschaftsvereine
 Drs. 16/13944, 16/17262 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

4. Antrag der Abgeordneten Dr. Thomas Zimmermann, Dr. Otto Hünnerkopf, Markus Blume u.a. CSU, Dr. Otto Bertermann, Dr. Andreas Fischer, Tobias Thalhammer u.a. und Fraktion (FDP)
Bedarf an Krankenhaushygienikerinnen und -hygienikern im Freistaat Bayern decken (I):
Weiterbildungseinrichtungen und -ermächtigungen sicherstellen
Drs. 16/14241, 16/17484 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

5. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Annemarie Biechl u.a. CSU, Dr. Andreas Fischer, Dr. Otto Bertermann, Jörg Rohde u.a. und Fraktion (FDP)
Rahmenbedingungen für haushaltsnahe Dienstleistungen verbessern!
Drs. 16/15155, 16/17028 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

6. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. und Fraktion (SPD)
Kappungsgrenze für Mieterhöhungen sofort umsetzen
Drs. 16/15343, 16/17292 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Förderung der Familienpflege in Bayern langfristig sichern
Drs. 16/15389, 16/17276 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

8. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Georg Winter, Martin Bachhuber u.a. CSU, Dr. Otto Bertermann, Brigitte Meyer, Tobias Thalhammer u.a. und Fraktion (FDP)
Förderung der Familienpflege entsprechend ihrer sozial- und familienpolitischen Bedeutung erhalten!
Drs. 16/15479, 16/17282 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Umsetzung des Anliegens des Bundestags durch die Bundesregierung für einen nationalen Gedenktag für die Opfer von Vertreibung
Drs. 16/15549, 16/17031 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☐	☒	☐	☒

10. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger u.a. und Fraktion (SPD)
Studie zur Wirksamkeit von familienpolitischen Leistungen
Drs. 16/15613, 16/17033 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☒	☒	☒	☐

11. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Markus Rinderspacher SPD
Aufnahme der „Forstlichen Dienstleistungen“ in den Branchenkatalog des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG)
Drs. 16/15699, 16/17034 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☒	☒	☒	☐

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Martin Runge, Margarete Bause, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vorstößen zur Liberalisierung und/oder Privatisierung der Wasserversorgung entgegenzutreten
Drs. 16/15709, 16/17289 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☐	☐	☐	☐

13. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verbesserungen bei der Einbürgerung von Kosovaren
Drs. 16/15742, 16/17293 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☐	☐	☐	☐

14. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Georg Eisenreich, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU, Karsten Klein, Dietrich Freiherr von Gumpenberg, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. und Fraktion (FDP)
Erzieherinnen- und Erzieherberufe haben Priorität im Freistaat Bayern – Qualifizierungsoffensive
Drs. 16/15828, 16/17263 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☐	☐	☐	☐

15. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Gudrun Brendel-Fischer, Petra Dettenhöfer u.a. CSU, Dr. Andreas Fischer, Brigitte Meyer, Dietrich Freiherr von Gumpenberg u.a. und Fraktion (FDP)
Vereinsvormundschaften im Freistaat Bayern
Drs. 16/15925, 16/17266 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☐	☐	☐	☐

16. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Franz Schindler, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Frühe Hilfe statt späte Härte für junge Intensivtäter – Prävention von Kinder- und Jugendkriminalität
Drs. 16/15981, 16/17246 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

17. Antrag der Abgeordneten Julika Sandt, Tobias Thalhammer, Jörg Rohde und Fraktion (FDP), Josef Zellmeier CSU
Kommunale Mandatsträger verstärkt über Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen informieren
Drs. 16/16013, 16/17040 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger u.a. und Fraktion (SPD), Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Aktionsplan der Staatsregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
Drs. 16/16044, 16/17267 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

19. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bereichsausnahme für den Wassersektor in Trilog-Verhandlungen
Drs. 16/16047, 16/17290 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

20. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Soforthilfe für Krankenhäuser!
Drs. 16/16052, 16/17270 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

21. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge,
Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schulische Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Teilleistungsstörungen
Drs. 16/16138, 16/17502 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

22. Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Angelika Schorer,
Alexander König u.a. CSU,
Dr. Andreas Fischer, Renate Will, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Frauen im Polizeidienst
Drs. 16/16170, 16/17337 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

23. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Helga Schmitt-Bussinger,
Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)
Trinkwasser vor der Privatisierung schützen – den Worten müssen Taten folgen
Drs. 16/16245, 16/17288 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Umsetzung der Zahlungsrichtlinie: Keine Benachteiligung von kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie Handwerksbetrieben
Drs. 16/16323, 16/17048 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ausbau von Masterstudienplätzen umgehend auf die Agenda setzen
Drs. 16/16324, 16/17314 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

26. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bundesregierung muss sich für Realisierung einer Europäischen Frauenquote einsetzen
Drs. 16/16351, 16/17346 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

27. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Reinhold Perlak u.a. und Fraktion (SPD)
Rechtsstaatlichkeit bleibt als Kriterium für die Entwicklung der bayerisch-ungarischen Beziehungen unverzichtbar
Drs. 16/16383, 16/17345 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

28. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge,
Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Änderung des Telekommunikationsgesetzes datenschutzfreundlich gestalten –
Schutz von Bestandsdaten
Drs. 16/16404, 16/17295 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

29. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge,
Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Aktionsplan der Staatsregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
Drs. 16/16405, 16/17283 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

30. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider,
Inge Aures u.a. SPD
Unabhängige Ermittlungen gegen Amtsträger ermöglichen
Drs. 16/16439, 16/17042 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

31. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner,
Sabine Dittmar u.a. und Fraktion (SPD)
Fachgespräch zur Situation der notärztlichen Versorgung in Bayern
Drs. 16/16455, 16/17485 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

32. Antrag der Abgeordneten Prof. Ursula Männle, Konrad Kobler,
Alexander König u.a. CSU,
Dr. Andreas Fischer, Thomas Dechant und Fraktion (FDP)
Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Mittel- und Südosteuropa stärken!
Drs. 16/16502, 16/17342 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

33. Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Angelika Schorer, Alexander König u.a. CSU, Dr. Andreas Fischer, Renate Will, Thomas Dechant u.a. und Fraktion (FDP) Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) Drs. 16/16652, 16/17011 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

34. Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Angelika Schorer, Alexander König u.a. CSU, Dr. Andreas Fischer, Renate Will, Thomas Dechant und Fraktion (FDP) Salafistische Bestrebungen in Bayern Drs. 16/16653, 16/17013 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

35. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Teilverlagerung des Finanzamts München nach Höchstädt stoppen Geldverschwendung beenden Drs. 16/16706, 16/17255 (A)

Antrag der SPD-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO:

Votum des mitberatenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

36. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kulturwirtschaft fördern Drs. 16/2817, 16/17356

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

der den Antrag für erledigt erklärt hat

37. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Dr. Thomas Beyer, Bernhard Roos u.a. SPD
Bahnstrecke Marktredwitz – Pilsen wieder ins Kernnetz der Transeuropäischen
Verkehrsnetze (TEN-T)
Drs. 16/16654, 16/17271

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

38. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Annemarie Biechl,
Albert Füracker u.a. CSU,
Dr. Andreas Fischer, Thomas Dechant, Tobias Thalhammer und Fraktion (FDP)
Zwischenbericht zum Schwarzwildprojekt
Drs. 16/17030, 16/17323

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

der den Antrag für erledigt erklärt hat

39. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian Ritter,
Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)
Polizeibesuch nach Twittermeldung zum Fall Mollath
Drs. 16/17103, 16/17326

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

der den Antrag für erledigt erklärt hat

40. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Franz Schindler,
Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD),
Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Auskunft über möglicherweise weiteren NSU-Terroranschlag 1999 in Nürnberg
Drs. 16/17106, 16/17325

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

der den Antrag für erledigt erklärt hat

41. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Polizeieinsatz wegen Twittermeldung?
Drs. 16/17291, 16/17324

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

der den Antrag für erledigt erklärt hat